

Forum Soziale Demokratie

Thomas Meyer

Medienlogik und Programmdebatte

Aufruf zu einer politischen Kontroverse

Das Mediale und das Politische

Zwischen dem Qualitätsjournalismus des Landes und den Programmachern der Parteien ist bislang keine Debatte zustande gekommen, die den Namen verdiente und das Thema, wie es sich für eine so zentrale Zukunftsfrage gehörte, ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Dabei geht es nicht um Maß und Schärfe der Kritik, sondern darum, dass Argumente ausgetauscht werden, die jene Projekte voranbringen könnten, die über unsere Zukunft mitentscheiden.

Die medialen Beobachter der Politik urteilen zu oft nach Maßstäben, die einer einzelnen intellektuellen Intervention in die öffentliche Debatte vielleicht angemessen wären, aber verfehlen, was ein politisches Grundsatzzprogramm heute sein muss. Der Diskurs der Medien über die Programmentwürfe der Parteien ist gestört. Eine ernsthafte Lektüre der vorgelegten Texte findet nicht statt. Gewiss, Programmprozesse haben als solche nichts Mediales, für die Nachrichtenfaktoren der Massenmedien bieten sie kaum Futter. Es sei denn, etwas Spektakuläres ließe sich mit ihnen verbinden. Da es in den Texten und Prozessen der Programm-erarbeitung selbst nicht zu finden ist, geben die Medien oft ihrer eingeborenen

Neigung nach und finden selbstgemachten Ersatz.

Die medialen Autoren sind immer schon tausend Mal klüger, als alles, was die Gremien der Parteien mit ihrem Großaufgebot an Politikern, Experten und Intellektuellen in ihren langwierigen Beratungen und mühsamen Verständigungsprozeduren zustande bringen. In Bausch und Bogen verworfen. Kann das gerechtfertigt sein? Oder wo liegt das Problem? Offenbar sind selbst die Qualitätsmedien mit ihrem sonst unerschöpflichen Differenzierungspotenzial kaum in der Lage, sich auf die Bedingungen des Politischen, das der Kern der Programm-arbeit ist, zunächst einmal einzulassen, bevor sie mit ihrem eigenen Geschäft der spektakulären Zuspitzung beginnen.

Die Suche nach dem Zauberwort

Das jedenfalls haben die Mediendebatten um die Grundsatzentwürfe der politischen Parteien in den letzten Monaten in überraschender Eindringlichkeit vor Augen geführt: Zuletzt mündete Kritik an dem, was missfiel, sogar im flotten Verdikt moralischer Verkommenheit. In Wahrheit bedienen diese Kommentatoren nur die scheinbar unüberwindliche Sehnsucht des Publikums nach Einfach-

heit, nach dem einen erlösenden Zauberwort, das alles erklärt und alles kuriert. Sie setzen Maßstäbe an, denen kein Programm entsprechen könnte, das sich der Realität erst einmal stellte, um Wege zu ihrer Verbesserung zu entwerfen.

Bekannt ist seit eh und je, dass ein Teil der Parteiaktivisten, die den erlösenden Wurf und die rasiermesserscharfe Grenzziehung zum politischen Gegner suchen, unheilbar enttäuscht bleiben von allem, was Programmkommissionen zustande bringen können. Das Programm als Tröstung für alles, was der Politik in der unübersichtlichen Welt nicht mehr gelingen kann? Die nächst liegende Versuchung.

Erstaunlich aber ist es, wenn solche Maßstäbe, zumeist gut verpackt, selbst in einem Qualitätsjournalismus die Feder führen, dessen Metier doch das professionelle Beobachten und kundige Vergleichen ist. Wo aber hat man je in den letzten Jahren, seit die neue Grundsatzprogrammdebatte der Parteien läuft, einen journalistischen Artikel zu lesen bekommen, der wenigstens erkennen ließ, worum es in den Texten tatsächlich geht? Zum Beispiel, dass Programme schon wegen der Spannung zwischen den politischen Minimalfunktionen, die sie erfüllen müssen, die reine Vorstellungswelt der politischen Ideen auf mindestens vier hart miteinander konkurrierende Ansprüche klein brechen müssen.

Sie müssen ja, *erstens*, ein Bild der Gegenwart erkennen lassen, das ihrer Komplexität gerecht wird und die Rangordnung der Probleme versteht. Sie müssen, *zweitens*, mit einer Hand voller Leitideen die großen Antworten auf diese Herausforderungen geben. Nicht zu viele, um Orientierung zu ermöglichen, aber auch nicht zu wenige, um Schieflagen und blinde Flecken zu vermeiden. Sie müssen, *drittens*, für alle wichtigen Politikfelder die erstrebten Lösungen skizzieren und deren Verhältnis zueinander klären, und, *viertens*, an jene gesellschaftlichen Interessen und

Werte anschließen, die eine Realisierung des Erwünschten in überschaubaren Fristen möglich erscheinen lassen. Verfehlt das Programm auch nur eine dieser Bedingungen, wäre alles verspielt.

Da müsste es doch auf der Hand liegen, dass die Patentrezepte der medial vergrößerten Promi-Autoren nicht ganz ausreichen. Sei es nun der Vorschlag, wir müssten hierzulande aus Solidarität mit der armen Welt den Verzicht zur neuen Leitidee erklären, oder der, alles auf die Gestaltung der Globalisierung zu setzen, weil sonst nichts Nennenswertes gedeihen könne, oder, schon deutlich plausibler, dass die Abwendung der Klimakatastrophe allein noch als lohnendes Thema in Frage komme. Von der Familien- über die Bildungs-, die Energie-, die Europa-, die Forschungspolitik und manches andere Hochwichtige mehr, reichen die Vorschläge für die programmatische Identifizierung des einen Punktes, aus dem die Welt noch zu kurieren sei. Und zwar einfach, klar und ohne Spiegelstriche.

Ein Programm, so viel steht fest, das solchen Wegweisungen folgte, könnte vielleicht ein Erbauungstext für die schnelle Lektüre, die kleine überzeugte Gemeinde sein oder ein medialer Seitenfüller für einen Tag, aber nichts, das künftiges Regieren anleiten oder gar verpflichten könnte, damit etwas besser wird in der Welt.

Eine Verwechslung der Kategorien

Zu konstatieren ist also ein Kategorienfehler. Das, was den Sinn einer intellektuellen Intervention in einer wichtigen Frage begründen oder als medialer Aufmacher eines unübersichtlichen Themas dienen könnte, die Zuspitzung auf den einen spektakulären Moment, wird zum alleinigen Maßstab eines Projektes genommen, das ganz anderen Ansprüchen genügen muss. Ist es journalistische Selbstbezogenheit, die sich daran zu gewöhnen beginnt, dass Politik im Zweifelsfalle doch stets nach der Pfeife der

Medien tanzen muss? Sind selbst Qualitätsjournalisten dabei zu verlernen, sich auf die Bedingungen und Regeln des Politischen noch einzulassen, wie es Berichtspflicht und Urteilskraft verlangten?

Keine Frage ist es natürlich, dass auch ein politisches Grundsatzprogramm zuspitzen muss, Orientierung geben und dann zur Kritik von allen Seiten einladen muss. Es muss weit vorgeifen und etwas wagen. Warum nicht in zwei, drei dringenden Punkten einen Diskurs riskieren, der an seinem Beginn nur Minderheiten überzeugt, von dem wir aber wollen müssen, dass Mehrheiten folgen?

Wenn die guten Argumente, die lohnenden Projekte und, mehr noch, die politische Leidenschaft ihrer Verfechter erkennbar sind, könnten mit der Zeit die Vielen mitgerissen werden, auf die sich ein Mandat zum Handeln dann stützen kann. Nach den Ergebnissen von PISA und den Beispielen aus Skandinavien müssten das im Falle der SPD heute die Idee einer modernen Gemeinschaftsschule sein und, allemal, die Rückholung des ausgegrenzten Prekariats in die Mitte der Gesellschaft. Unter anderem, freilich.

Im Unterschied zu intellektueller Intervention und medialem Aufmacher kann das politische Grundsatzprogramm einer Partei freilich von derlei allein nicht leben. Es muss, wenn es Orientierung im Denken und Verbindlichkeit im Handeln erreichen will – und das ist sein Zweck – den Zusammenhang des Ganzen zeigen. Und, was schwieriger ist, es muss auch zeigen, wie die Handlungsprojekte in dem einen Bereich, z.B. der Familienpolitik, anschließen an alle anderen, die wichtig sind, und das sind einige, voran die Wirtschafts- und Bildungspolitik, die Wissenschafts- und die Sozialpolitik. Daraus könnte sich dann eine Politik ergeben, deren Richtung stimmt und die auch funktionieren kann in der Welt, die wir kennen. Also etwas wirklich Politisches.

Ein politischer Laborversuch

Denn auf das Politische kommt es in Wahrheit an. Gute Programmarbeit ist verdichtetes politisches Handeln, das Zusammenbringen des Verschiedenen durch Verständigung, nur eben im Reagenzglas, in kürzester Zeit und auf fast allen wichtigen Gebieten zugleich. Dazu noch mit den profiliertesten Sprechern für fast alle Perspektiven und Themen, um die es geht. Es ist die Antizipation eines zentralen Teils der politischen Auseinandersetzungen von Morgen in einer Art Laborversuch. Und nur, sofern der Prozess heute diese Mühe nicht scheut, kann sein Ergebnis morgen, soweit Mehrheiten folgen, politisches Handeln bestimmen.

Ein gutes Grundsatzprogramm muss sagen und begründen, welche Antworten es auf die Energiepolitik hat und die Familienpolitik, und die Wirtschaftspolitik, und die Bildungspolitik, und die Gleichstellungspolitik, und die Umweltpolitik, und die Zukunft Europas, und die Welthandelspolitik, und die Weltsicherheitspolitik, und die Technologiepolitik, und die Klimapolitik. Nicht aus Liebe zum Spiegelstrich, sondern weil das Ganze keinen Sinn machte, wenn eins davon fehlte. Und es muss zeigen, das allein macht es ja zum Grundsatzprogramm, wie das eine mit dem anderen zusammen stimmen kann.

Politisch wird das Ganze, weil sich für jedes einzelne dieser Themen, stellvertretend für viele andere in der Gesellschaft, die Fürsprecher zu Wort melden, um mit plausiblen Argumenten zu zeigen, dass es gerade dieses Feld ist, auf dem sich fast alles andere entscheidet und darum von hier der große Bogen um das Ganze gespannt werden muss.

Das Grundsatzprogramm einer Volkspartei kann nur in der Verständigung darüber entstehen, was alle eint, wo und wie sich also die Sichtweisen verbinden lassen und welche Außenprofilierung auf diesem Boden dann dennoch alle am meisten überzeugt. Nicht als Formelkom-

promiss, oder Kuhhandel, sondern auf dem dornigen Wege der Verständigung über innere Zusammenhänge.

Wer sich auf ein solches Geschäft im Ernst einlässt und dabei von den politischen Grundwerten der sozialen Demokratie den Ausgang nimmt, wird heute schwerlich bei etwas ganz anderem ankommen können als einem Text von der Substanz des Bremer Entwurfs – soweit es um die Inhalte geht. In der Form freilich sind Alternativen nicht nur möglich, sondern dringend geboten. Sie muss aber der Substanz folgen und darf nicht an ihre Stelle treten.

Synthese, kein Formelkompromiss

In dem Maße, wie der politische Verständigungsprozess gelingt, verschmelzen die vielen Gesichtspunkte zu Synthesen dessen, was in der Sache selbst intern zusammen hängt, statt in der Weise von Formelkompromissen äußerlich zusammen gelehmt zu werden. Daraus ergibt sich in den Zeiten, in den wir leben, und angesichts der Kenntnisse, die wir vorhaben, unweigerlich ein mehrthematisches Profil miteinander verbundener Projekte. Diesen Anspruch löst der Bremer Entwurf gewiss nicht durchgehend, aber doch im Kern seiner Botschaft. Er ließe sich, im schlimmeren Verkürzung, gewiss, etwa so andeuten:

Präzisierte Grundwerte: Maßstab für das ganze Projekt ist die ganze Freiheit, einschließlich ihrer positiven Seite, nämlich die Verfügung über angemessene Ressourcen zum Handeln, zumal Einkommen und Bildung für alle. Egalitär verstandene Gerechtigkeit verlangt die gleiche Chance der Freiheit für jeden in diesem Sinne. Der Anspruch darauf als Bürgerrecht ist der Kern Sozialer Demokratie. Sie garantierte soziale Teilhabe: soziale und menschliche Sicherheit. Die ökologischen Risiken begründen das Leitprinzip der Nachhaltigkeit als Bedingung für die Akzeptanz jeder konkreten Politik. Märkte sind fehlbare und stets neu zu problemati-

sierende Mittel zu diesem Zweck, aber nie selbst der Zweck.

Grundwerte realisieren heißt bedrohte *politische Handlungsfähigkeit* sichern. Schritte zur fairen Globalisierung und zu einem sozialeren Europa verbessern die transnationalen Handlungsbedingungen. Neue Formen der Politik, Allianzen von Zivilgesellschaft, Staat und verantwortliche Unternehmen ergänzen das Handeln der Institutionen. Der kooperative Staat muss gewährleisten ohne alles selber leisten zu wollen. Der Kapitalismus und seine Heuschrecken werden zeitgemäß reguliert, europäisch, global, national – je nach Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit.

Faire Globalisierung ist zielstrebige Arbeit an der Weltbürgergesellschaft. Die Kapazitäten transnationalen Regierens ausbauen und zur zunehmenden ökologischen, politischen und sozialen Einbettung der Weltmärkte nutzen. Die Regeln des Welthandels fairer gestalten und die Interessen der Entwicklungsländer einbeziehen. Ein wirksames globales Regime zur Sicherung ökologischer Standards und des Weltklimas. Regulierung der *Finanzmärkte*. Koordinierung dieser Projekte durch einen neuen *UN-Sicherheitsrat* für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten. Praktizierte Mitverantwortung der reichen Welt für die Sicherung aller Grundrechte in den Entwicklungsländern.

Nachhaltiges Wachstum durch eine ökologische Industriepolitik, verstärkte Förderung erneuerbarer Energien und der Vielfaltigkeit der Energieproduktivität. Vorrang für innovative Wissenschafts- und Forschungspolitik, Förderung der Innovationskultur, wettbewerbsfähige Steuern, Bildungsreform, garantierte lebenslange Weiterbildungschancen. Annäherung an Vollbeschäftigung durch Förderung neuer Dienstleistungen, staatliche Förderung zukunftsträchtiger Leitmärkte, Mindestlöhne und qualitatives Wachstum.

Vorsorgender Sozialstaat: Soziale Teilhabe als Bürgerrecht. Soviel Risikovermei-

dung mittels Vorsorge, zumal durch Bildungschancen, wie möglich, so viel nachsorgende Risikokompensation wie nötig. Annäherung an den skandinavischen Weg im Rahmen der hiesigen Bedingungen: Chancen ausgleichendes Bildungssystem mit Beginn im zweiten Lebensjahr; Ganztagsbetreuung und neue fördernde Lernkonzepte, längere Gemeinschaftsschule. Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Neue Jobs in familien-, bildungs- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Schrittweise Umstellung der Finanzierung des Sozialstaats von lohnbezogenen Beiträgen zur Steuerfinanzierung.

Gesucht: Eine Debatte zur Sache

Gewiss, das sind hier nur die Anzeigen von Inhalten in drastischer Auswahl. Die Inhalte selbst und die nötigen Ergänzungen finden sich aber durchaus im Text des Entwurfs. Zumeist auf einer mittleren Ebene der Handlungsorientierung, mitunter konkret bis ins Detail.

Und im Übrigen doch auch eine Widerlegung des journalistischen Vorurteils, ein mehrthematisches Profil sei nichts als Flucht vor der Profilierung. Kann es wahr sein, was kürzlich in einer guten Zeitung zu lesen war, dass die Zahl selbst der Qualitätsjournalisten beständig sinkt, die noch am Verstehen von Politik in unübersichtlichen Zeiten mitwirken wollen, die Zahl jener aber steigt, die von der ohnehin populären Politikverachtung gut und risikolos leben – und sie nach Kräften befeuern?

Was jetzt Not tut, ist eine faire Berichterstattung und eine Streitige Debatte über das Grundsatzprogramm – aber als politischem Projekt. Falls indes, wie es mitunter zwischen den Zeilen durchscheint, der Verdacht herrschen sollte, das Ganze sei gar nicht mehr so ganz Ernst gemeint, eine symbolische Trockenübung sozusagen, sollte er zum Thema gemacht werden. Auch darüber könnte eine Debatte lohnen. Nein, sie müsste dann erst recht geführt werden.

Florian Mayer/Ulf Kämpfer

Zwischen den Stühlen

Die SPD und der Niedriglohnsektor

Die politische Gestaltung des Niedriglohnsektors könnte eine große Chance für die SPD sein, behaupten Florian Mayer und Ulf Kämpfer in ihrer Betrachtung. Doch die SPD ist hin- und hergerissen zwischen klaren Losungen aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung und der Anerkennung ökonomischer Zwänge.

Da sind sie wieder, die drei Probleme der SPD: Schlechte Umfragen, kein Konzept, und keine Ahnung, wie es weitergehen soll. Die Große Koalition hat in atemberaubend kurzer Zeit ihre wenigen Gemeinsamkeiten aufgebraucht und weiß nicht mehr, was sie wollen soll. Die SPD steckt tief im Schlammassel: Ein unbekannter Vorsitzender, drohende Niederlagen bei wichtigen Landtagswahlen. Und

als ob das nicht genug wäre, schickt sich die fusionierte LINKSPARTEI an, nun auch im Westen die Wählerbasis der Sozialdemokratie anzuknabbern.

Die thematische Auszehrung der SPD ist dreidimensional. Von rechts: Die Union besetzt moderne familienpolitische Themen, den Klimaschutz, sogar Soziales (längeres ALG I); von links: Die LINKSPARTEI kann ohne Einbindung in politische Ver-